



# IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen  
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut  
Preußischer Kulturbesitz  
Berlin

---

Heft 10

Dezember 2001

---

## Aufbruch in Mexiko?

Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox

Günther Maihold



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:  
<[www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html](http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html)>



---

Dr. Günther Maihold, Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Berlin;  
E-mail: [maihold@iai.spk-berlin.de](mailto:maihold@iai.spk-berlin.de)



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:  
(<http://www.ibero-analysen.de>).

---

## Redaktion

Dr. Peter Birle  
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz  
Referat Forschung und Projekte  
Potsdamer Straße 37  
10785 Berlin  
Telefon: 030 – 2662515  
Telefax: 030 – 2662503  
e-mail: [birle@iai.spk-berlin.de](mailto:birle@iai.spk-berlin.de)  
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2001

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,  
10785 Berlin

ISBN 3-935656-04-1

# Aufbruch in Mexiko?

Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox

Günther Maihold

---

Auch ein Jahr nach Antritt der Regierung Fox scheinen die „ersten 100 Tage“ der neuen Mannschaft noch immer nicht vorüber zu sein: Es dominiert das Bild eines Kabinetts, das nicht aufeinander eingespielt ist, das neben mangelnder Koordination auch eine unzureichende Vorbereitung politischer Entscheidungen betreibt, noch kein Verhältnis zum Parlament gefunden hat und nicht in der Lage ist, Prioritäten für die eigene Arbeit zu definieren. All dies sind Kennzeichen einer Orientierungsphase, die allen neuen Regierungen zugestanden wird – indes scheint sich dieser kollektive Suchprozess auch über das erste Regierungsjahr von Präsident Fox hinaus auszudehnen. Wichtige Entscheidungen für eine Umorientierung der Regierungsarbeit durch eine stärkere Koordination im Präsidialamt sind nicht erkennbar, Voraussetzungen für die Umsetzung eines Reformprogramms sind angesichts der bislang nicht durchsetzbaren Steuerreform nicht absehbar. Die Erwartungen der Bevölkerung an den Kurswechsel scheinen enttäuscht, selbst die Hoffnung auf das große „Aufräumen“ im korrupt-klientelistischen Machtapparat des PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) blieb bislang unerfüllt. So musste der Präsident selbst im Dezember 2001 ankündigen, demnächst würden den Untersuchungsbehörden auch „einige große Fische“ ins Netz gehen. Der Aufbruch, den der Wahlsieg von Fox am 2. Juli 2000 versprach, scheint in den Mühlen des Alltags und der Institutionen hängen geblieben zu sein. Die persönliche Dynamik des Präsidenten Fox verbindet sich nicht mehr bruchlos mit der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung, die nach dem Ende einer 70 Jahre dauernden Einparteiherrschaft vorherrschte. Während für einige schon jetzt die negativen Kontinuitätsaspekte in der Regierungsführung überwiegen (*más de lo mismo*), hoffen andere noch auf einen durchgreifenden Wandel in den kommenden Jahren der insgesamt 6-jährigen Amtszeit des Präsidenten.

## I. Wie tragfähig ist das politische Projekt von Vicente Fox ?

„Neue Zeiten“, das waren die Erwartungen, die der mexikanische Präsident Fox in seinem Wahlkampf geweckt hatte. Nach einem Jahr macht sich Ernüchterung breit, denn der Regierungspolitik fehlt eine klare Linie. Der „Wandel um des Wandels willen“ – die Grundstimmung in der Bevölkerung, die den Wahlsieg ermöglichte – wurde von

Fox jenseits der Entfernung des PRI aus dem Amt nicht definiert. Die Opposition war lange, aus heutiger Sicht viel zu lange, davon ausgegangen, dass Demokratie mit einer Niederlage des PRI-Systems identisch sei.<sup>1</sup> Folge dieser Fehleinschätzung ist die Unbestimmtheit

---

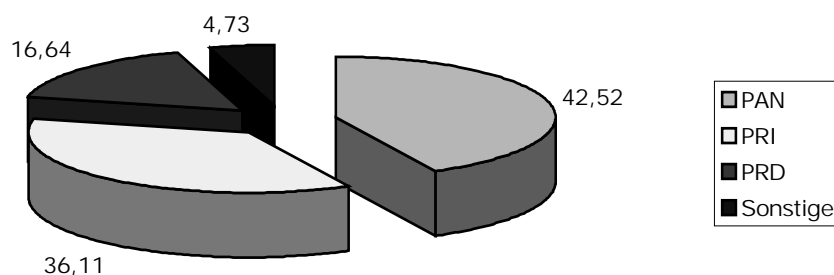
1 So Luis Salazar C.: Introducción: México 2000: alternancia y transición a la democracia, in: ders. (coord.): México 2000: alternancia y transición a la democracia, México: 2001, S. 23.

dessen, was auf den Regierungswechsel zu folgen habe. Nicht zuletzt wird den Technokraten der Transition vorgehalten, sie hätten es durch ihre Fixierung auf Wahlen versäumt, diejenigen grundlegenden Übereinkünfte voranzubringen, die für den Erfolg der Transition maßgeblich sind – ein Defizit, unter dem heute vor allem der PAN (*Partido de Acción Nacional*) als neue Regierungspartei zu leiden habe.<sup>2</sup> Diese Offenheit rächt sich gegenwärtig in Gestalt eines Unwohlseins in der Bevölkerung über die Amts-

Regierung nicht gelinge, die für den Erfolg der Transition notwendigen Konsense zu schmieden (Proceso, 3.12.01).

„Das schlimmste Legat des Autoritarismus des PRI ist nicht die Repression sondern die Korruption“, diagnostizierte der mexikanische Außenminister und frühere Linksin-tellektuelle Jorge Castañeda bei einem Vortrag aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der spanischen Zeitung El País (El País 11.05.01). So sei auch die mexikanische Transition zur Demokratie zum einen

Diagramm 1: Die Ergebnisse der mexikanischen  
Präsidentschaftswahlen 2000 (in %)  
(Quelle: Instituto Nacional Federal)



führung des Präsidenten, woraus die Opposition bislang allerdings keinen Nutzen ziehen konnte. Fox bleibt auch weiterhin die Zentralfigur des Wandels, obwohl die Unsicherheit über die Richtung der Neuorientierung um sich greift. Der Soziologe Roger Bartra spricht insofern zutreffend von einer „symbolischen Konsolidierung der Transition zur Demokratie“ im ersten Jahr der Regierung Fox (Reforma, 28.11.01). Für andere Kommentatoren wie Jorge Alonso steuert Mexiko auf eine „frustrierte Transition“ zu, da Fox den Apparat der PRI-Vorgänger nicht angetastet habe und es der

durch die Zivilgesellschaft als Instrument moralischen und politischen Drucks und zum anderen durch den steigenden Einfluss der Massenmedien, die zu einer auch jenseits der nationalen Grenzen ausgeübten Kontrolle der Regierungen geführt hätten, befördert worden. Für Castañeda hat Mexiko den ersten Abschnitt der Transition mit dem Regierungswechsel, der friedlichen Machtübergabe, der Konsolidierung der neuen Regierung und der Zusammenarbeit bei der Billigung der ersten Gesetze hinter sich gebracht; in der zweiten Etappe gehe es jetzt darum, die Vergangenheitsbewältigung, Gründungspakte

Fox bleibt auch weiterhin die Zentralfigur des Wandels, obwohl die Unsicherheit über die Richtung der Neuorientierung um sich greift.

<sup>2</sup> Ebenda, S.36.

und gemeinsame Verantwortlichkeiten abzusichern.

Die Einschätzung der Regierung Fox variiert jedoch beträchtlich: Allgemein war von Fox ein deutlicher Bruch mit vielen überkommenen Verhaltensweisen und dem politischen Stil des PRI erwartet worden, ein Bruch mit der Tradition. Dieser scheint für manche Beobachter ganz ausgeblieben zu sein, für den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten des PRD (*Partido de la Revolución Democrática*), Cuauhtémoc Cárdenas, nimmt sich das Handeln der neuen Regierung eher als Kontinuität aus. Er sprach jüngst von der Regierung Fox als der „vierten Auflage des Salinato“ (La Jornada, 30.10.01) mit Hinweis auf die Fortdauer einer orthodoxen Wirtschaftspolitik, einer Vertiefung der Armut und der beinahe vollständigen Unterordnung unter die USA – ein Politikansatz, den er in Mexiko seit der Regierung Salinas de Gortari (1988-1994) präsent sieht. Der Regierung Fox sei es nicht gelungen, dem Wählervotum zu entsprechen und das durch den PRI verkörperte System von Korruption und Komplizentum zu beseitigen. Der mexikanische Schriftsteller Car-

los Fuentes meint in seinem Land angesichts der Ernüchterung über die neue Regierung eine „autoritäre Versuchung“ zu erkennen, da sich 38 % der Bevölkerung für eine Diktatur ausspreche (La Jornada 2.08.01).

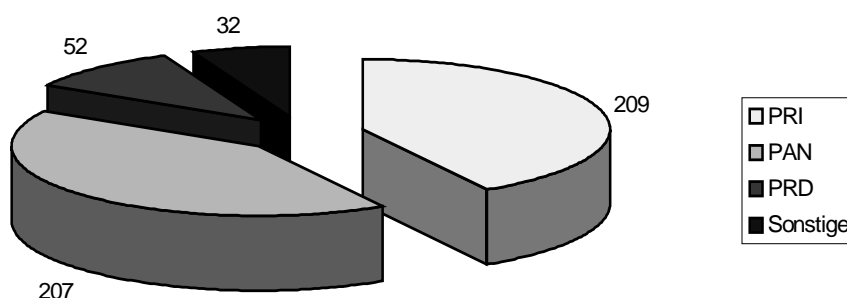
Jenseits dieser eher grundsätzlichen Überlegungen ist bei einer Analyse des ersten Regierungsjahres von Fox festzustellen, dass die neue Mannschaft unter diversen Strukturproblemen und Verhaltensdefiziten leidet, die ihre Bilanz getrübt erscheinen lassen:

- Abschied vom absoluten Präsidentialismus der Vergangenheit ohne alternative Herrschaftsquellen

Für den traditionellen mexikanischen Präsidentialismus spielte nicht nur die verfassungsmäßige Abstützung, sondern auch die machtpolitische Absicherung durch die Staatspartei PRI eine wichtige Rolle. Unter der neuen Konstellation einer erstmals nicht mehr aus diesen Strukturen erwachsenen politischen Kraft hat Präsident Fox die Stärkung seiner Rolle über die Nutzung der Medien und den darüber vermittelten Zugang zur Bevölke-

Der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes meint in seinem Land angesichts der Ernüchterung über die neue Regierung eine „autoritäre Versuchung“ zu erkennen, da sich 38 % der Bevölkerung für eine Diktatur ausspreche.

**Diagramm 2: Die Mandatsverteilung im Abgeordnetenhaus** (Stand: September 2001) (Quelle: Cámara de Diputados del Honorable Congreso de la Nación)



Zunehmend ist jedoch deutlich geworden, dass die zu große Medienpräsenz des Präsidenten seinem Amt eher abträglich ist und dass die Vernachlässigung des Verwaltungsapparates bislang keine dauerhafte Basis für das Regierungshandeln hat entstehen lassen.

sucht. Zunehmend ist jedoch deutlich geworden, dass die zu große Medienpräsenz des Präsidenten seinem Amt eher abträglich ist und dass die Vernachlässigung des Verwaltungsapparates bislang keine dauerhafte Basis für das Regierungshandeln hat entstehen lassen. Der mexikanische Präsidialismus hat sich so „veralltäglicht“, dass er sich selbst seiner noch verbliebenen Instrumente entledigt hat. Die Exekutive scheint durch die stärker sichtbare Rolle des Parlamentes oftmals an den Rand gedrängt. Parteipolitische Widersacher des Präsidenten, wie der PAN-Fraktionsvorsitzende im Senat, Diego Fernández de Cevallos, sind im Umgang mit den parlamentarischen Institutionen extrem geübt und vermögen dies für ihre Interessen einzusetzen. Die Regierung hat sich auf dieses Spiel bislang nicht gut eingestellt, sie tappt immer wieder in die Fallen eines Parlamentes, das sich die letzte Entscheidung vorbehalten will und von der Regierung Zugeständnisse und Gegenleistungen erwartet.

Gleichzeitig kann die Regierung Fox auch gegenüber den 31 Gouverneuren, die der parteipolitischen Disziplin des PRI-Systems enthoben sind, nicht die Durchsetzungsmacht demonstrieren, wie das für die Vorgängerregierungen galt. Manuel Andrés López Obrador vom PRD, Bürgermeister des Bundesdistrikts und von Mexiko-Stadt, betreibt seine eigene Präsidentschaftskandidatur aus dem Amt heraus, so dass eine erkennbare Konkurrenzsituation über die Medien ausgetragen wird. Der Föderalismus hat damit auch zur Schwächung des Präsidialismus beigetragen, die Ressourcenkonkurrenz beeinträchtigt die

Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Programme.

- Geringe konzeptionelle Gemeinsamkeiten im Kabinett, fehlender „Mannschaftsgeist“

Obwohl das Kabinett von Präsident Fox als „Selektion der Besten des Landes“ angekündigt wurde, ist die Integration zwischen den Ministern bislang noch nicht gelungen. Ihre unterschiedliche Herkunft aus der national oder international orientierten Wirtschaft, aus verschiedenen Parteien (PRI, PAN und PRD) sowie aus dem wissenschaftlich-intellektuellen Bereich hat nicht zu einer befruchtenden Synthese geführt, sondern den Personalismus gestärkt. Als gemeinsames Defizit fällt der große Mangel an politischer Erfahrung bei der Vorbereitung von Entscheidungen mit dem Parlament sowie in der öffentlichen Verwaltung auf. Die Kohärenz innerhalb des Kabinetts ist sehr begrenzt, da auch seitens des Präsidentsamtes keine starke Koordinationsrolle ausgeübt wird. Der Präsident rühmt sich eines delegativen Führungsstils, und es ist ihm bislang nicht gelungen, seiner heterogenen Führungsgruppe ein gemeinsames Projekt zu vermitteln. Einige Minister profilieren sich bereits mit wenig verdeckten Ambitionen als Kandidaten für die nächsten Wahlen, wie dies für Innenminister Santiago Creel und Außenminister Jorge Castañeda gilt, während andere, beispielsweise der Arbeitsminister, ideologische Schlachten der Vergangenheit schlagen und angeblich jugendgefährdende Schriften (wie Carlos Fuentes' klassischen Text „Aura“) aus dem Schulunterricht verbannen wollen. Es ist absehbar, dass der Präsident nicht umhin kommen wird, einige Minister auszutauschen und dabei auch

stärker seine eigene Partei und ihre erfahrenen Kräfte einzubeziehen.

- Schwache Position des Präsidenten in seiner eigenen Partei PAN

Der Geburtsfehler der Präsidentschaftskandidatur von Vicente Fox wirkt auch in seiner Zeit als Präsident nach: Als seiner Partei von außen aufgezwungene Kandidatur wuchs sie nie aus den Strukturen des PAN heraus, sondern wurde nur locker mit ihr verklammert. Diese Entscheidung war das Erfolgsrezept für den Wahlkampf, da eine offene, auf die Person von Fox zugeschnittene, quasi parteiungebundene Kampagne erfolgen konnte; diese Konstellation trug aber immer schon einen Spaltpilz in sich, der sich aufgrund des beinahe völligen Ausschlusses der Parteiführung des PAN bei der Kabinettsbildung weiter entfalten konnte. Um so stärker hat die Parteiführung im Parlament und auch in der Öffentlichkeit erkennen lassen, dass sie sich mit Teilen der Politik „ihres Präsidenten“ nicht identifiziert und nicht dazu bereit ist, diese mitzutragen. Da die Partei aus anderen Strukturen und Traditionen entstanden ist als der PRI, ist es für den Präsidenten schwierig, die informellen Machtressourcen seines Amtes so einzusetzen, wie dies für seine Vorgänger möglich war. Der Präsident hat daher auf dem PAN-Kongress im Dezember des Jahres versucht, den Schulterchluss mit der Partei herzustellen, indem er ein deutliches Kooperationsignal formulierte. Inwieweit sich dies umsetzen lässt, bleibt angesichts des persönlichen Führungsstils des Präsidenten und des wenig artikulierten Programms sehr fraglich. Spätestens zu den Zwischenwahlen im Jahre 2003 wird der Druck der Partei auf den Presiden-

ten deutlich steigen, um ein Wahlergebnis des PAN zu erzielen, das eine eigene Mehrheit im Parlament sichert.

- Eingeschränkte Bereitschaft zum Dialog mit dem Kongress und den dort vertretenen Parteien

Angesichts des Fehlens einer eigenen parlamentarischen Mehrheit ist der Präsident gezwungen, mit den Oppositionsparteien PRI und PRD im Kongress zu verhandeln. Bislang war die Regierung jedoch nicht sonderlich erfolgreich bei der Einbeziehung der Fraktionen in die Formulierung von Gesetzentwürfen, meist wurde im Sinne einer scharfen Trennung zwischen Exekutive und Legislative keine vorherige Abstimmung mit der Legislative gesucht. Zusätzlich trifft eine solche Notwendigkeit auf objektive Grenzen: Da beide Oppositionsparteien seit den Wahlen stark zentrifugalen Kräften unterworfen sind, können Vereinbarungen mit den jeweiligen Partei- oder Fraktionsspitzen nicht jene Bindungswirkung erhalten, auf die die Regierung angewiesen ist. Somit ist es für die Mehrheitsfraktion schwierig, parlamentarische Entscheidungskoalitionen zu schmieden. Im Falle des PRI beklagte jüngst ein PAN-Abgeordneter, dass es deren fünf gäbe: „Der PRI des Abgeordnetenhauses, der PRI im Senat, der PRI vertreten durch seinen Parteivorstand, der PRI der Gouverneure und der PRI der Sektoren und Sonstigen“ (Proceso Nr. 1305/4.11.01). Die ungeklärte Führungssituation im PRI, die zwischen den Gruppen um Roberto Madrazo und Francisco Labastida ausgetragen wird, lähmt die Partei und damit auch die Entscheidung über wichtige Gesetzesvorlagen, da sich die Einnahme klarer Positionen in

Da beide Oppositionsparteien seit den Wahlen stark zentrifugalen Kräften unterworfen sind, können Vereinbarungen mit den jeweiligen Partei- oder Fraktionsspitzen nicht jene Bindungswirkung erhalten, auf die die Regierung angewiesen ist.

der innerparteilichen Auseinandersetzung negativ auswirken könnte. Nicht zuletzt dieser Umstand könnte dazu geführt haben, dass die Regierung auch weiterhin stark auf den massenmedial vermittelten Dialog mit den Parteien setzt, obwohl sie dadurch angesichts der Vielstimmigkeit bei der Verbreitung der eigenen Vorschläge und des nicht weniger vielfältigen Echos aus den Parteien keinen Imagegewinn zu erzielen vermag, ganz zu schweigen von zusätzlichen Abstimmungsproblemen und Positionsveränderungen bei der eigenen Klientel.

- Die Inszenierung von Politik kontrastiert zunehmend mit Enttäuschung der Bevölkerung

Als heterodoxer Kandidat errang Vicente Fox den Wahlsieg gegen die alte politische Klasse des Landes.<sup>3</sup> Sein Auftreten mit Cowboy-Stiefeln, offenem Hemd und stark umgangssprachlich gefärbtem Vokabular setzte ihn stark von den gewohnten politischen Ritualen ab und markierte symbolisch den angestrebten Wandel. Das „Produkt Vicente Fox“ wurde mit modernen Marketing-Methoden in Szene gesetzt. Nach dem Urnengang erklärte der publizistische Berater der Wahlkampagne, Santiago Pando: „Unser großer Vorteil ist, dass wir von Politik nichts verstehen.“ Über das Fernsehen als zentralem Medium wurde das politische *Marketing* betrieben, das weniger auf ein politisches Projekt und mehr auf den „ehrenhaften“ Charakter des Kandidaten abhob. Diesen Stil des Wahlkampfes führte Präsident Fox während der langen „ersten

„ersten 100 Tage“ seiner Amtszeit fort. Die mediale Inszenierung der Politik erfuhr mit Fox eine völlig neue Qualität. Die Nutzung der Medien mit der direkten Ansprache der Bevölkerung, der Verzicht auf jegliche Vermittlung und die Inszenierung der Politik für die Medien sind Elemente, die den Stil von Fox bis heute prägen.

Quelle: La Jornada, 2.12.2000



Besonders anhand seiner Auslandsreisen und deren medialer Darstellung in Mexiko lassen sich die Bemühungen von Präsident Fox um eine wirkungsvolle Inszenierung seiner Politik aufzeigen: Um dem mexikanischen Publikum seine internationale Anerkennung möglichst wirkungsvoll zu präsentieren, qualifizierte der Präsident seine Partner im nationalen politischen Dialog bei Stellungnahmen im Ausland ab, weshalb seine Reisen jeweils von herber Kritik der Opposition begleitet wurden. Zugleich stieg die Distanz zur Presse, die vom Präsidenten beschuldigt wurde, nur mit negativen Schlagzeilen von seinen vielen Reisen zu berichten. Die unausgewogene Berichterstattung gestattete keine angemessene Würdigung der Erfolge der Regierung, insbesondere auch hinsichtlich der breiten Anerkennung, die Mexiko nunmehr im Ausland erfahre. Der Aufschrei der nationalen Presse war

Besonders anhand seiner Auslandsreisen und deren medialer Darstellung in Mexiko lassen sich die Bemühungen von Präsident Fox um eine wirkungsvolle Inszenierung seiner Politik aufzeigen.

3 Zur Rolle der Medien im Wahlkampf von Fox vgl. Raúl Trejo Delarbre: *Mediocracia sin mediaciones. Prensa, televisión y elecciones*, México: Cal y Arena 2001, S. 387 ff.



unisono: Man fürchte um die Unabhängigkeit der Presse, missliebige Korrespondenten würden geschnitten und die Regierung versuche, kritische Kommentare zu unterdrücken.<sup>4</sup>

Zunehmend wird erkennbar, dass Fox' Stil der politischen Inszenierung an seine Grenzen stößt. Sowohl die Bevölkerung als auch die Medien erwarten in stärkerem Maße Politikergebnisse und nicht nur die Inszenierung von Politik. Fox wird seinen politischen Stil bald umstellen müssen, denn eine alleinige Konzentration auf die Darstellung seiner Person und Persönlichkeit dürfte sich in den kommenden Jahren immer weniger als tragfähig erweisen.

## II. Der „Bericht zur Lage der Nation“ vom 1. September 2001

„Humanismus“ und „Einheit“ waren die Zentralbegriffe des Berichtes, den Präsident Fox am 1. September 2001 dem Kongress vortrug. Mit seiner politischen Philosophie eines „modernen, unternehmerischen und sozial verantwortlichen Humanismus“ möchte er Mexiko zur Erfolgsgeschichte des 21. Jahrhunderts werden lassen. Mit dem Rekurs auf einen offenen Humanismus-Begriff soll die Nähe zur Bevölkerung dokumentiert werden, die katholische Kirche und die Gläubigen sollen auf das Regierungsprogramm verpflichtet werden, ohne eine zu große institutionelle Nähe zur klerikalen Hierarchie zu demonstrieren. Gleichzeitig soll dem Regierungshandeln damit ein Projekt zugrunde gelegt werden, das bis-

lang nicht erkennbar war. Dieser Humanismus erkennt die demokratischen und rechtsstaatlichen Garantien an, verlangt aber gleichzeitig die Sicherung demokratischer Regierbarkeit in einem föderalen Rahmen. Fox nimmt für seine Regierung in Anspruch, die Regierungsübernahme mit politischer Reife und ohne einen dramatischen Politikwechsel, der zu Instabilität hätte führen können, vollzogen zu haben.



¿Porqué tanta insistencia en que no tengo partido? (Quelle: La Jornada, 03.12.01)

Insbesondere bei der Armutsbekämpfung sieht Fox deutliche Änderungen im Vergleich zu seinem Vorgänger: Die Verdoppelung der Gelder für das PROCAMPO-Programm zur Unterstützung der ländlichen Entwicklung und die Aufstockung des PROGRESA-Projektes (*Programa de Educación, Salud y Alimentación*) zur Reduzierung der Armut um 28 % sieht Fox als eine zentrale Maßnahme, um marginale gesellschaftliche Gruppen in den Entwicklungsprozess einzubinden. Die groß angekündigte Erziehungsreform als Herzstück seines Wahlprogramms konnte der Präsident jedoch nur in ersten Schritten in Angriff nehmen, da aufgrund der fehlenden Steuerreform die not-

Fox wird seinen politischen Stil bald umstellen müssen, denn eine alleinige Konzentration auf die Darstellung seiner Person und Persönlichkeit dürfte sich in den kommenden Jahren immer weniger als tragfähig erweisen.

<sup>4</sup> Vgl. Julio Chávez Sánchez/Marco Levario Turcott: Desencuentro - Fox pasó del elogio al menosprecio de los medios, in: *et-cétera*, Nr. 14/Dezember 2001, S. 34-40.

Für die umfangreichen Reformen, die der Präsident im Wahlkampf ankündigte, sind keine hinreichenden fiskalischen Voraussetzungen gegeben. Gleichwohl soll in der Finanzpolitik auch weiterhin eine strikte Haushaltsdisziplin eingehalten werden, so dass neben Spareffekten nur die angestrebte Steuerreform ein kassenwirksames Mittel zur Erhöhung der finanziellen Spielräume darstellt.

wendige Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen nicht gewährleistet werden konnte. Zudem werden von jedem als Steuer eingenommenen Peso heute bereits 60 % durch die Bundesstaaten oder Gemeinden ausgegeben, eine Tendenz zur Vertiefung des Föderalismus und der Dezentralisierung, die der Präsident auch weiter fördern möchte.

Für die umfangreichen Reformen, die der Präsident im Wahlkampf ankündigte, sind keine hinreichenden fiskalischen Voraussetzungen gegeben. Gleichwohl soll in der Finanzpolitik auch weiterhin eine strikte Haushaltsdisziplin eingehalten werden, so dass neben Spareffekten nur die angestrebte Steuerreform ein kassenwirksames Mittel zur Erhöhung der finanziellen Spielräume darstellt.

Unter dem Titel „Einheit“ rief Fox das Land in seinem Bericht zum gemeinsamen Handeln angesichts des Beginns eines neuen historischen Abschnitts von Reformen und Transformationen auf. „Alle Winde sollten in einem gemeinsamen Impuls zusammentreffen, auch wenn sie aus unterschiedlichen Richtungen kommen“, lautete die Aufforderung an die Abgeordneten zur Zusammenarbeit aus dem Mund des Präsidenten.

Im Gefolge seines ersten Berichtes zur Lage der Nation bemühte sich der Präsident darum, wieder die Nähe zum Parlament zu suchen und mit einem Schulterschluss zwischen allen Parteien verlorenen Boden gut zu machen: Das am 7. Oktober 2001 mit den acht im Parlament vertretenen Parteien unterzeichnete Abkommen zur Garantie wirtschaftlicher Sicherheit und Förderung der sozialen Entwicklung sieht folgende zentralen Punkte vor: Sicherung der

Nahrungsmittelversorgung für arme Bevölkerungsgruppen, Stärkung öffentlicher Investitionsprogramme, Garantie der Sozialversicherung für Arbeitslose und Förderung zeitlich befristeter Arbeitsverhältnisse. Damit wurde ein Versuch unternommen, die parlamentarische Agenda mit allen Parteien abzustimmen und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit aufzuzeigen. Die Regierung sah sich dabei zu Zugeständnissen gezwungen: So konnte der PRI als stärkste Oppositionspartei sicherstellen, dass die nationale Kontrolle über das Öl und die staatliche Ölgesellschaft PEMEX erhalten bleiben. Auch die Verantwortung des Staates für die Energie- und Gasversorgung wurde festgeschrieben.

### III. Wie weit trägt der Demokratiebonus für die Regierung Fox?

Jenseits konjunktureller Einschätzungen kann eine Bilanz der bisherigen Regierungszeit von Präsident Fox am besten anhand von vier Themenbereichen erfolgen, an denen sich auch ein starkes Interesse der Bevölkerung artikuliert.

#### a) Innere Sicherheit

Der Regierung ist es nicht gelungen, im sensiblen Bereich der inneren Sicherheit das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Entführungen sind zum Broterwerb einer Mafia geworden, die sich immer weiter auszudehnen droht. Die Drogenökonomie scheint auch weiterhin die Institutionen des Landes zu durchsetzen. So entkam der Drogenzar *El Chapo* Guzmán aus einem Hochsicherheitsgefängnis, ohne bisher wieder ergriffen werden zu können. Dagegen konnte die Regierung den flüchtigen Bankier Cabal Peniche und die der Drogenszenerie

zugeordneten ehemaligen Gouverneure Mario Villanueva und Guillermo Mercado hinter Schloss und Riegel bringen. Auch in diesem Bereich der Bekämpfung der Kriminalität bleibt jedoch nach wie vor ein schlechter Nachgeschmack angesichts der Ermordung der Menschenrechtlerin Digna Ochoa im Oktober 2001. Das Verbrechen ließ die Erinnerung an die Jahre der PRI-Regierung wieder aufleben.

#### b) **Wahlpolitische Konflikte**

Hinsichtlich der wahlpolitischen Auseinandersetzungen in den einzelnen Bundesstaaten konnte sich die Regierung Fox sehr gut behaupten. Die institutionellen Regelungen zur Beilegung von postelektoralen Konflikten konnten gestärkt werden und Innenminister Santiago Creel zeigte viel Geschick bei den notwendigen politischen Verhandlungen. Die angefochtenen Wahlen in Tabasco wurden annulliert und in einem neuen Wahlgang konnte sich der oppositionelle PRI durchsetzen. Auch die Auseinandersetzung um das Oberste Wahlgericht des Staates Yucatán konnte erfolgreich beigelegt werden. Der PAN sicherte sich dort den Sessel des Gouverneurs, während der PRD in seinem Stammland Michoacán nunmehr mit dem Sohn seines „Caudillo“ Cárdenas den Gouverneur stellt. Somit konnten alle Parteien wahlpolitische Erfolge erzielen, wodurch das innenpolitische Klima ein wenig von seiner Gereiztheit verlor.

#### c) **Defizite im politischen Management**

Auch ein Jahr nach Amtsantritt ist es dem Präsidenten und insbesondere seinem Kabinett nicht gelungen, dem Anspruch einer professionellen Regierungsführung gerecht

zu werden. Trotz der *head hunter*, die zur Auswahl der Minister eingesetzt wurden und trotz der Managementfähigkeiten der Unternehmerklasse, die in politische Positionen einrückte, zeugt das bisherige Regierungshandeln mehr von Unerfahrenheit und Unkenntnis politischer Prozesse als von Kompetenz bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen. Widersprüche in den Aussagen von Präsident und Ministern, Ankündigungspolitik im Ausland ohne entsprechende innenpolitische Vorbereitung und individueller Darstellungsbedarf der Minister haben ein eher negatives Gesamtbild geprägt. Der Präsident erscheint noch immer als Wahlkämpfer im öffentlichen Amt, der den Rollenwechsel noch nicht vollzogen hat. Die starke Dominanz von Fox als zentraler Persönlichkeit der Regierung hat den Eindruck verstärkt, dass der Präsident gerade aus der Kraft seines Amtes heraus in der Lage sei, die Vielfalt der Probleme des Landes zu lösen. Zu ihrer Überraschung musste die präsidentielle Equipe jedoch feststellen, dass mit einem Hyperpräsidentialismus der Weg in die Demokratie nicht gestaltet werden kann.<sup>5</sup> Eher dürfte die übertriebene Ausbeutung der Figur von Fox zu einer frühzeitigen Erschöpfung ihres publizitären Wertes führen.

#### d) **Fox gegen Fox – der politische Stil des Präsidenten wendet sich gegen ihn selbst**

Was im Wahlkampf als Erfolgsrezept funktionierte, scheint sich bei der Ausübung des Präsidentenamtes zunehmend in das Gegenteil zu wenden: Hatte Fox sich nach dem Wahlsieg zugute halten können,

Auch ein Jahr nach Amtsantritt ist es dem Präsidenten und insbesondere seinem Kabinett nicht gelungen, dem Anspruch einer professionellen Regierungsführung gerecht zu werden.

<sup>5</sup> Vgl. Soledad Loaeza: Amargo primer aniversario, La Jornada 1.12.01.

Bis zu 400.000 Arbeitsplätze im formellen Sektor sollen im Jahr 2001 verloren gegangen sein, zudem drängen pro Jahr rund 1,2 Millionen Personen neu in den Arbeitsmarkt.

nicht zuletzt aufgrund seiner zupackenden Art und seiner natürlichen sowie sprachlichen Nähe zur Bevölkerung das etablierte System aus dem Sattel gehoben zu haben, so erwiesen sich sein Aktivismus und seine Neigung zur Abgabe von Deklarationen zu jeglichem Thema zunehmend als Problem für die Koordination des Regierungshandelns. Für politische Entscheidungsträger wird nicht deutlich, welche die zentrale Botschaft der Regierung sein soll; politische Prioritäten verschwinden, da alles prioritär wird bzw. aufgrund der spürbaren Ungeduld des Präsidenten als dringlich erscheint. Der Präsident scheint das Umschalten von den Methoden des Wahlkampfes – mit dem Ziel Präsenz in den Medien – zur Notwendigkeit der Sicherung von Mehrheiten durch Verhandlungen und Vereinbarungen noch nicht geschafft zu haben. Damit läuft die Regierungspolitik Gefahr, den Wählern als undurchsichtig und willkürlich zu erscheinen, da Entscheidungen nicht nachhaltig begründet und durchgehalten werden.

#### IV. Mexiko in der wirtschaftlichen Talsohle

Das für 2001 ursprünglich auf 4,5% geschätzte Wirtschaftswachstum musste zunächst auf 0,2% reduziert werden, jüngste Zahlen deuten sogar auf ein negatives Wachstum hin. Für das Jahr 2002 wird mit einem leichten Wachstum von 1,74 % gerechnet. Damit hat das Land einen deutlichen Abschwung zu verzeichnen, denn noch im Jahr 2000 lag das Wachstum bei 6,9 %. Für ein Land wie Mexiko, das 30 % seines Bruttoinlandsproduktes exportiert und seinen Handel zu 90 % mit den USA abwickelt, sind die Folgen einer Kontraktion der Wirtschaft beim nördlichen Partner unmittelbar spürbar. Bis zu 400.000 Arbeitsplätze im formellen Sektor sollen im Jahr 2001 verloren gegangen sein, zudem drängen pro Jahr rund 1,2 Millionen Personen neu in den Arbeitsmarkt. Die in den vergangenen Jahren stets expandierende Beschäftigung im Bereich der Maquila-Industrie des Nordens sank in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001 um 1,5%, eine Vertiefung dieser Tendenz nach den Ereignissen des 11. September ist absehbar. Die Exporte sanken 2001 um 1,4%,

**Tabelle 1: Die Entwicklung des mexikanischen Bruttoinlandsproduktes 2000 / 2001** (in Preisen von 1993; Veränderungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %)

	2000			2001		
	II	III	IV	I	II	III
TOTAL	7.6	7.3	5.1	1.9	0.0	-1.6
Landwirtschaft	8.8	3.3	2.3	-5.5	4.2	5.8
Industrie	7.1	6.7	3.8	-1.3	-3.6	-4.7
Bergbau	6.1	6.3	1.4	0.2	-3.2	-1.1
Fertigwaren	7.2	7.1	4.4	-1.2	-3.4	-5.5
Bausektor	7.0	5.2	1.1	-3.8	-6.9	-4.1
Elektrizität, Gas, Wasser	6.7	6.5	4.6	2.0	1.6	1.5
Dienstleistungen	7.7	7.9	5.9	3.9	1.4	-0.4
Handel, Restaurants, Hotels	11.4	11.2	9.5	5.9	-0.6	-4.7
Transport und Kommunikation	13.9	14.6	8.6	5.8	3.9	1.0
Finanzdienstleistungen	4.7	4.4	4.0	3.7	3.6	4.1
Kommunale und soziale Dienstleistungen	3.2	3.0	2.2	1.2	0.6	0.1

Quelle: INEGI. Sistema de Cuentas Nacionales de México

<b>Tabelle 2: Die Handelsbilanz Mexikos 2000 / 2001 (FOB, Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum)</b>						
	2000			2001		
	Okt.	Dez.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
Exporte insgesamt	29.54	11.85	-4.36	-11.96	-10.54	-9.57
Erdöl	34.50	-4.20	-20.52	-28.63	-31.30	-31.68
Nicht Erdöl	29.09	13.56	-2.49	-10.01	-8.03	-7.44
Landwirtschaft	9.40	12.49	24.00	-1.75	-10.77	-0.39
Mineralien	7.97	6.63	-21.51	-22.97	-42.34	-19.85
Manufakturgüter	29.53	13.62	-2.88	-10.09	-7.85	-7.51
Maquiladoras	39.16	23.31	-4.19	-15.85	-9.57	-10.21
Sonstige	19.15	2.60	-1.28	-2.73	-5.78	-4.11
Importe insgesamt	30.29	14.39	-3.50	-12.04	-11.16	-8.32
Konsumgüter	36.65	20.47	12.77	31.34	10.91	24.67
Halbfertigprodukte	31.21	12.93	-4.77	-15.57	-12.22	-11.52
Maquiladoras	40.60	20.72	-8.33	-21.21	-11.48	-11.61
Sonstige	23.26	6.79	-1.63	-10.43	-12.84	-11.43
Kapitalgüter	21.32	17.27	-6.71	-17.15	-21.07	-13.75
Handfelsbilanz	45.72	44.84	23.00	-13.75	-24.89	14.71
Quelle: Grupo de Trabajo SHCP – Banco de México - INEGI						

verglichen mit einem Wachstum von 16% in 2000. Auch das Handelsbilanzdefizit mit den USA stieg um 40% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Als Ursache dafür wird das Abflauen der Konjunktur in den USA genannt, die weiterhin strikte fiskalische Disziplin der Regierung und der nachgebende Ölpreis, der zu einem Rückgang der Einnahmen bei der staatlichen Ölfirma PEMEX von 2 Mrd. US-Dollar führte. Insgesamt gesehen konnte die Regierung jedoch trotz des krisenartigen Verlaufes der Wirtschaftsentwicklung in den USA eine sehr große wirtschaftliche Stabilität gewährleisten, die Gefahr eines Überschlagens der Wachstumskrise auf die Finanzmärkte konnte vermieden werden. Das Land zeichnete sich durch eine abnehmende Inflationsrate (ca. 6% für das Jahr 2001), geringere Zinsniveaus, einen starken Peso sowie eine Einstufung des Landes durch die Analysen als mit geringerem Risiko behaftete Ökonomie aus. Die Makrodaten lassen gute Perspektiven für das Jahr 2002 erwarten, zumal sich auch die ausländischen Direktinvestitionen bislang auf dem Niveau des Vorjahres gehalten ha-

ben und nicht dramatisch eingebrochen sind.

Jedoch ist es der Regierung bislang nicht gelungen, ihr bei Regierungsantritt vorgelegtes Steuerreformpaket durch das Parlament zu bekommen, mit dem sie 6 Mrd. US-Dollar in die öffentlichen Kassen spülen möchte. Auf diese Weise soll es gelingen, den Anteil der Staatseinnahmen am BIP von international sehr niedrigen 10,8% auf 16% zu steigern. Nicht zuletzt aufgrund des breiten Widerstandes in der Bevölkerung blockieren nach wie vor nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch die Regierungspartei PAN ihr Kernstück in Gestalt der Mehrwertsteuerreform. Vorbehalte existieren insbesondere hinsichtlich einer Einführung der Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel und Arzneimittel sowie bezüglich deren Erhöhung für Transport, Bücher und in den Grenzgebieten des Nordens. Allein aus der Anhebung der Mehrwertsteuer auf 15% will der Präsident 78% des Steueraufkommens gewinnen, das zur ansatzweisen Umsetzung der Wahlversprechen notwendig ist. Weitere Quellen zur

Die Makrodaten lassen gute Perspektiven für das Jahr 2002 erwarten, zumal sich auch die ausländischen Direktinvestitionen bislang auf dem Niveau des Vorjahres gehalten haben und nicht dramatisch eingebrochen sind.

Ordnungspolitisch überrascht hat die Renationalisierung der Zuckerproduktion, die unter Präsident Salinas im Jahre 1989 privatisiert worden war.

Steigerung der Staatseinnahmen sind in der Streichung von Subventionen im Transportgewerbe sowie im Landwirtschaftsbereich zu erwarten. Andererseits soll durch die Senkung der Einkommenssteuer sowie die Anrechenbarkeit von Schulgebühren und Versicherungsprämien auf die Steuerschuld eine Ausschüttung von 1,5 Mrd. US-Dollar an die Bevölkerung erfolgen. Die weitere Verlagerung der Steuersystematik von den direkten auf die indirekten Steuern im Rahmen dieser Reform lässt erkennbar werden, dass die Steuerbasis immer geringer wird und sich das Land immer weniger in Richtung der anvisierten OECD-Qualität, sondern stärker in Richtung auf ein Dritte-Welt-Land bewegt. Mit der Einberufung einer außerordentlichen Sitzungsperiode des Parlamentes im Dezember 2001 zur Verabschiedung des Haushaltes 2002 dürfte auch die Verabschiedung des Steuerpaktes verbunden sein, allerdings einer Steuerreform „light“, der zentrale Elemente des ursprünglichen Regierungsentwurfes fehlen.

Ordnungspolitisch überrascht hat die Renationalisierung der Zuckerproduktion, die unter Präsident Salinas im Jahre 1989 privatisiert worden war: Die Regierung enteignete am 3. September 2001 27 Zuckerrefinerien, fast die Hälfte aller im Land aktiven Anlagen, um deren weiteren Niedergang zu stoppen, der sich angesichts der zunehmenden Verwendung von aus den USA importiertem Kornsirup anstelle des national aus Zuckerrohr produzierten Süßmittels bei der Herstellung von Erfrischungsgetränken andeutete. Damit wären 2,5 Millionen Arbeitsplätze, insbesondere im Bundesstaat Veracruz, verloren gegan-

gen. Obwohl die Regierung ankündigte, die Fabriken innerhalb von 18 Monaten wieder privatisieren zu wollen, wird allgemein davon ausgegangen, dass es mindestens fünf Jahre dauern dürfte, die Zuckerproduktion des Landes wieder konkurrenzfähig zu gestalten. Präsident Fox ist dem Sektor auch aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Coca-Cola-Manager persönlich sehr verbunden. Wichtige Mitglieder der „amigos de Fox“ stammen aus der Zuckerindustrie.

#### V. „Nie mehr ein Mexiko ohne uns“ – Perspektiven des Konfliktes in Chiapas

Chiapas, einer der ärmsten mexikanischen Bundesstaaten, gelangte durch den 12 Tage andauernden Kampf der zapatistischen Guerilla EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*) im Jahre 1994 in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit. Nach sieben Jahren ist trotz der inzwischen erfolgten Abwahl des PRI-Regimes und der Wahl eines von PAN und PRD getragenen Gouverneurs im Januar 2001 keine Lösung erkennbar. Der ZAPATOUR, einem am 24. Februar 2001 begonnenen und 40 Tage dauernden Zug von Delegierten der Guerilla durch 12 Bundesstaaten in die Hauptstadt des Landes, die am 12. März erreicht wurde, blieb ein durchschlagender Erfolg bislang verwehrt. Erreicht wurde eine breite Mobilisierung der indigenen Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Gruppen, der sich auch die offizielle Politik nicht entziehen konnte. Der Einzug des Sub-Comandante Marcos und weiterer 23 Comandantes der EZLN in Mexiko-Stadt vor 200.000 begeisterten Zuschauern prägte das Bild einer offenen Gesellschaft, das die neue Regierung auch jenseits



„LOS INDIOS EN EL ZOCALO“ (Quelle: La Jornada, 12.03.01)

der nationalen Gesellschaft projizieren wollte. Präsident Fox erklärte in einem Interview: „Ich habe einen Freund in Chiapas, er heißt Marcos“. Die Konkurrenz der medialen Inszenierungen des Präsidenten und von Marcos hat vielleicht den Erfolg der inhaltlichen Bemühungen zur Verbesserung der Lage der indigenen Bevölkerung – von Marcos in der Formel „nie mehr ein Mexiko ohne uns“ zusammengefasst - beeinträchtigt.<sup>6</sup> Die von der EZLN erhobenen drei Forderungen nach der Räumung von Militärlagern in Chiapas, der Freilassung von Gefangenen und der Verabschiedung des Gesetzes über die indigenen Rechte konnte die Regierung jedoch nur teilweise erfüllen.

Die Reduzierung der Militärpräsenz in der Konfliktregion und die Einladung an die EZLN-Führung zu einem Auftritt vor dem Kongress schienen den Weg für eine positive Lösung des Konfliktes durch die neue Regierung zu bahnen. Die mit

der EZLN vereinbarten Regelungen von San Andrés Larráinzar und die dort festgelegte Einrichtung der Friedenskommission COCOPA (*Comisión de Concordia y Participación*) führten zu einem gemeinsamen Verfassungsreformgesetz, das der Präsident in den Kongress einbrachte. Die darin enthaltene Forderung nach Garantie der „freien Selbstbestimmung und Autonomie der indigenen Völker“ wurde in der Diskussion im Parlament als Verletzung der nationalen Souveränität betrachtet, weil dadurch die Gründung eines unabhängigen Indígena-Staates auf mexikanischem Territorium ermöglicht werde. Auch weitere Regelungen wie die eigene indigene Rechtssprechung, die Anerkennung der indigenen Gemeinschaften als Einrichtungen des öffentlichen Rechts und die Anerkennung der Gebiete indigener Gemeinschaften riefen Befürchtungen hervor, dass die Grundlagen der staatlichen Ordnung des Landes durch die Verfassungsreformen verletzt würden. Teile der Regierungspartei nahmen daher zusammen mit der Opposition Änderungen am Gesetzesent-

Die mit der EZLN vereinbarten Regelungen von San Andrés Larráinzar und die dort festgelegte Einrichtung der Friedenskommission COCOPA (*Comisión de Concordia y Participación*) führten zu einem gemeinsamen Verfassungsreformgesetz, das der Präsident in den Kongress einbrachte.

<sup>6</sup> Vgl. Anne Hufschmidt: El nuevo teatro mexicano: la performance política de Fox y Marcos, in: Iberoamericana. America Latina – España – Portugal 1 (2001) 2.

Die von Fox als „Richtungsänderung von beinahe 180 Grad“ bezeichnete Neuorientierung der Außenpolitik und die damit verbundene Abkehr vom traditionellen Grundprinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder markiert nun auch öffentlich eine Wende, die bereits von den Vorgängerregierungen je nach außenpolitischer Opportunität praktiziert worden war.

wurf vor, der in der dann von der Mehrheit der Parlamente der Bundesstaaten verabschiedeten Fassung von der EZLN nicht mehr anerkannt wurde. Damit war der im Frühjahr 2001 mit erheblichem Medienrummel durchgeführte Marsch der EZLN in die Hauptstadt ohne politisches Ergebnis geblieben, so dass sich die Guerilla-Organisation vom Dialog mit der Regierung wieder zurückzog.

Für viele Beobachter wurde damit ein historischer Moment zur Anerkennung der indigenen Rechte in einer plurikulturellen Nation vertan; Chancen zur Redynamisierung dieses ohne konkrete Perspektive dahintreibenden Konfliktes sind gegenwärtig nicht zu erkennen. Andererseits demonstrierte die Regierung durch die Zulassung der ZAPATOUR vor der Weltöffentlichkeit eine Offenheit, die sehr viel Druck von Mexiko durch international agierende NGOs genommen hat. Das Wort des Comandante Tacho, „das Vaterland ist auch unseres“ hat das Geschick der EZLN erkennen lassen, sich ganz der nationalen Symbolik zu bedienen und damit ihre Strategie zur Verbreiterung ihres gesellschaftlichen Einzugsfeldes fortzusetzen. Gleichwohl steht die EZLN nun vor einem Dilemma, das auch für die Regierung Fox das weitere Handeln erschwert: Nach der ZAPATOUR ist eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf für die EZLN sehr schwierig geworden, sie würde ihre gewonnene politische Position dadurch erheblich beeinträchtigen. Strategisch ist der politische Raum für eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung, für die die EZLN eine Komponente darstellen könnte, jedoch bislang noch durch die PRD besetzt. Zudem

ist der Kampf gegen eine Regierung, die nicht mehr als autoritär verortet werden kann, erheblich schwieriger zu führen.

## VI. Eine neue außenpolitische Führungsrolle Mexikos ?

Seit ihrem Amtsantritt hat sich die Regierung Fox um eine stärkere Profilierung der Außenpolitik bemüht. Dazu gehörte die erfolgreiche Kandidatur für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, die kritischere Rolle gegenüber Kuba, eine aktive Beteiligung bei der Lösung des Kolumbien-Konfliktes sowie die Verstärkung multilateraler Initiativen unter dem Gesichtspunkt der internationalen Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Fox resümierte dies folgendermaßen: „Wir sind jetzt in der Liga der Großen ... denn wir haben beschlossen, nicht beim Kleinklein zu bleiben“ (La Jornada 1.12.01). Die von Fox als „Richtungsänderung von beinahe 180 Grad“<sup>7</sup> bezeichnete Neuorientierung der Außenpolitik und die damit verbundene Abkehr vom traditionellen Grundprinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder markiert nun auch öffentlich eine Wende, die bereits von den Vorgängerregierungen je nach außenpolitischer Opportunität praktiziert worden war. Man habe – so Fox – die vornehme Zurückhaltung aufgegeben, sich in den eigenen Grenzen einzuschließen und suche nun die Öffnung zur Welt und die direkte Beteiligung an ihrer Gestaltung. Mexiko als weltweit achtgrößte Handelsmacht und aufgrund seines BIP auf dem Wege

---

<sup>7</sup> Schlusswort von Präsident Vicente Fox beim internationalen Forum über lokale Entwicklung und Globalisierung am 30. November 2001 in Guanajuato ([www.presidencia.gob.mx](http://www.presidencia.gob.mx)).



zum Platz 9 unter den Wirtschaftsmächten müsse auch neue politische Verantwortung in der internationalen Politik übernehmen: Hierzu gehöre der Vorsitz im Asien-Pazifik-Forum APEC, die Durchführung der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im März 2002, der nächsten WTO-Runde im Jahr 2003 und der für 2004 vorgesehenen Gipfelkonferenz Europa-Lateinamerika. Mit diesen Initiativen versucht das Land, seine internationale Rolle deutlicher zu profilieren.

Auch die außenpolitische Neuorientierung wurde von der Regierung ohne vorherige Diskussion mit wichtigen politischen Instanzen (etwa dem Senat) oder eine Beratung durch alternative wissenschaftliche Institutionen einfach deklariert. Sie sieht sich infolgedessen entsprechender Kritik wegen mangelnder Beteiligung gesellschaftlicher Kräfte ausgesetzt.

#### a) Die strategischen Beziehungen zu den USA

Insbesondere zu den USA und ihrem neuen Präsidenten George W. Bush konnte Präsident Fox eine neue Dynamik in den Außenbeziehungen herstellen. Mexiko ist darum bemüht, die strategische Beziehung zu den USA auf drei Ebenen neu zu gestalten:<sup>8</sup>

- Die Agenda der bilateralen Beziehungen soll weiter geöffnet werden: das Thema Migration, die auf Dritte Länder bezogenen Konsultationen und die US-amerikanische Gesetzgebung mit

Auswirkungen auf Mexiko – etwa die Zertifizierung der Drogenpolitik – sollen in den Dialog einbezogen werden.

- Der Dialog mit US-amerikanischen Einrichtungen und Organisationen soll über das Netz der mexikanischen Konsulate in den USA erweitert werden. Hinsichtlich der Gesprächspartner soll ein dauerhafter Gesprächsfaden mit dem Kongress, den Gouverneuren, den NGOs und den Organisationen der *hispanics* ebenso aktiviert werden wie mit den Unternehmerverbänden in den verschiedenen Bundesstaaten der USA.
- Das Format des politischen Dialoges mit den USA und vor allem im NAFTA-Verbund soll geändert werden. Mexiko strebt die Entwicklung gemeinsamer Institutionen an, die - der Europäischen Union nicht unähnlich - geeignet sind, die Gemeinschaftsbildung jenseits des Warenaustausches voranzutreiben.

Diese anspruchsvollen strategischen Initiativen haben jedoch – neben der Suspendierung der Zertifizierungspolitik der USA – noch keine nachhaltige Wirkung gezeitigt. So litt das erste Treffen von Präsident Fox mit Präsident Bush Jr. auf seiner Finca im Februar 2001 ebenso wie sein offizieller Staatsbesuch in den USA Anfang September jeweils unter den politischen Rahmenbedingungen. Im Februar musste Präsident Bush über einen Angriff auf den Irak entscheiden, im September verschütteten die Terroranschläge von New York und Washington den Erfolg der Reise. Dieser Staatsbesuch geriet zu einem von Ovationen begleiteten Auftritt vor dem

Auch die außenpolitische Neuorientierung wurde von der Regierung ohne vorherige Diskussion mit wichtigen politischen Instanzen oder eine Beratung durch alternative wissenschaftliche Institutionen einfach deklariert. Sie sieht sich infolgedessen entsprechender Kritik wegen mangelnder Beteiligung gesellschaftlicher Kräfte ausgesetzt.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu den zentralen strategischen Vortrag des mexikanischen Außenministers Jorge Castañeda vor der mexikanischen Vereinigung für internationale Studien, 25. Oktober 2001 in Guadalajara (<http://www.sre.gob.mx/comunicados/dgcs/2001/oct/disc/d-01-10.htm>).

Erstmals wurde von mexikanischer Seite aus die Initiative ergriffen, um die Behandlung mexikanischer Emigranten in den USA sowie die von den USA bis dahin immer abgewiegelte Frage der Regelung der Migration zwischen beiden Ländern zu thematisieren.

US-Kongress, der auch einen neuen Abschnitt in den bilateralen Beziehungen markieren könnte. So beschwor Fox die neue demokratische Realität seines Landes und warb nachdrücklich um Vertrauen für Mexiko; Aggressionen, Indifferenz und Verdächtigungen sollten der Vergangenheit angehören. An der 3.200 km langen gemeinsamen Grenze sollten die Menschenrechte gewährleistet sein und den ca. 20 Millionen in den USA lebenden Mexikanern oder von diesen abstammenden Bürgern gleiche Rechte eingeräumt werden. Erstmals wurde von mexikanischer Seite aus die Initiative ergriffen, um die Behandlung mexikanischer Emigranten in den USA sowie die von den USA bis dahin immer abgewiegelte Frage der Regelung der Migration zwischen beiden Ländern zu thematisieren. Die Aussage des amerikanischen Präsidenten, für sein Land sei „in der Welt keine Beziehung von größerer Bedeutung als die mit Mexiko“, wies die Bedeutung des Besuches aus, bei dem es dem mexikanischen Präsidenten gelang, für sein Land bei der Definition der bilateralen Agenda die Initiative zu erringen. So solle – zumindest wünschte das die mexikanische Seite – noch im Jahr 2001 ein bilaterales Abkommen unterschrieben werden, das eine Legalisierung des Migrantenstatus von vier Millionen in den USA ansässigen mexikanischen Staatsbürgern sowie die Erteilung von zeitlich befristeten Arbeitsvisa vorsehen sollte.

Als gleichermaßen innovativ wurde der Vorschlag des mexikanischen Präsidenten bei seinem Auftritt vor der Organisation der Amerikanischen Staaten aufgenommen, den aus dem Jahre 1947 stammenden

militärischen Beistandspakt aufzukündigen, da die amerikanische Region keine „extraterritorialen Feinde“ besitze.

Beide Initiativen rückten jedoch mit den terroristischen Attentaten vom 11. September 2001 in New York und Washington in der politischen Agenda der USA weit nach hinten bzw. erwiesen sich als kontraproduktiv, da die USA angesichts der Bedrohung von außen den Rio-Vertrag, dessen Aufkündigung Mexiko anstrebte, wieder aktivierten und den Beistand der Staaten des Kontinents einforderten.

Im Energiebereich konnten die USA Mexiko zur verstärkten Lieferung von Elektrizität nach Kalifornien bewegen, das sich nach der Energiekrise als extrem anfällig erwiesen hatte. Die Einrichtung von grenzüberschreitenden Versorgungsunternehmen zwischen California (USA) und Baja California (Mexiko) sowie zwischen Arizona (USA) und Sonora (Mexiko) befindet sich jedoch bislang noch in der Planung. Seitens der USA besteht vor allem ein erkennbares Interesse an einer Beteiligung an der Förderung und Nutzung mexikanischer Gasvorkommen. Gleichzeitig fordern sie vom südlichen Nachbarn auch eine stärkere Öffnung des Energiesektors für ausländische Investitionen, ein Thema, das in Mexiko traditionell stark umstritten ist. So lange jedoch 37% der mexikanischen Staatseinnahmen aus dem Erdölgeschäft kommen und diese Finanzquelle quasi als Deckung für fiskalische Krisen dient, ist nicht damit zu rechnen, dass die Regierung Fox eine Neupositionierung in dieser Frage in Angriff nehmen wird.

## b) Mexikos Beitrag zum Aufbau einer neuen Architektur der internationalen Beziehungen

Neben der Beziehung zu den USA beabsichtigt Mexiko eine aktive Rolle beim Aufbau eines neuen internationalen Systems zu spielen. Dabei trägt Mexiko dem Tatbestand Rechnung, dass die Staaten nicht mehr die einzigen Akteure im internationalen Rahmen sind, sondern zunehmend andere Akteure wie NGOs, und nichtstaatliche Gewaltakteure wirksam werden. Der zunehmenden Fragmentierung der Macht jenseits der USA gilt Mexikos besonderes Augenmerk, die es durch internationale Regime einzuhegen gilt. Dieser neuen Realität hatte sich Mexiko mit seiner traditionell staatszentrierten Position der Außenpolitik nicht gestellt, weshalb im Rahmen der anvisierten Neuorientierung eine aktive Rolle des Landes bei der Konstruktion von *global governance* entwickelt werden soll. Die Verregelung der internationalen und transnationalen Beziehungen stellt sich für Mexiko als zentraler Ansatzpunkt dar, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass damit zunächst asymmetrische Konstellationen und Ungleichheiten festgeschrieben würden.

Mexikos neue multilaterale Ausrichtung ist als ausgleichendes Element gegenüber der strategischen Orientierung auf die USA zu verstehen, als Gleichgewichtsmoment, das auch sicherstellt, dass das außenpolitische Handeln nicht durch außenwirtschaftliche Interessen erodiert und in seiner Gestaltungsfähigkeit eingeschränkt wird. Dies bedeutet gleichzeitig, dass Mexiko die Diversifizierung seiner Außenpolitik durch Ausbau der Beziehungen zu anderen Weltregionen – sei es Lateinamerika, sei es Europa - aufgege-

ben hat. In den Worten des mexikanischen Außenministers Castañeda: „Es gibt keine Möglichkeit, wie eine strategische Beziehung zu den USA, wie ich sie beschrieben habe, mit einem anderen Land oder einer Gruppe von Ländern in der Welt ausbalanciert werden könnte; die grundlegenden ökonomischen und sozialen Daten unseres Landes reichen dafür einfach nicht aus. Dagegen könnten diese vielleicht für ein Gegengewicht oder ein Gleichgewicht mit dieser multilateralen und regionalen Orientierung und die Konstruktion eines internationalen Systems auf der Grundlage von Regeln hinreichend sein“.

Mexiko bewegt sich damit in eine andere Rolle hinein als dies etwa für Brasilien als anderer Regionalmacht in Lateinamerika gilt. Eine dezidiert vorgetragene Multilateralisierungsstrategie führte Mexiko jedoch bereits während der Regierungszeit Luis Echeverrias und seines Außenministers Castañeda (dem Vater des jetzigen Amtsinhabers) in die Sackgasse, da die internationale Rolle mit den nationalen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu deutlich in Widerspruch geriet. Zwar mag durch die politische Demokratisierung ein Teil der Konfliktpunkte aus der Welt sein, im wirtschaftlichen Bereich könnten diese Mexiko sehr schnell wieder an zwei Punkten in eine kritische Lage bringen:

- Die von den USA initiierten Verhandlungen über ein gesamt-amerikanisches Freihandelsabkommen von Alaska bis Feuerland (FTAA/ALCA) zwingen Mexiko dazu, seinen lateinamerikanischen Nachbarn zu erläutern, welche NAFTA-Vorrechte es für sich bewahren möchte und wel-

Dies bedeutet gleichzeitig, dass Mexiko die Diversifizierung seiner Außenpolitik durch Ausbau der Beziehungen zu anderen Weltregionen – sei es Lateinamerika, sei es Europa - aufgegeben hat.

che Zugeständnisse im Marktzugang zum NAFTA-Raum für alle lateinamerikanischen Mitbewerber geöffnet werden sollten. Die mexikanische Regierung hat sich mit diesbezüglichen Äußerungen bislang sehr bedeckt gehalten und stattdessen die Bedeutung einer Demokratieklausele hervor gehoben. Weitere Fortschritte der ALCA-Verhandlungen werden Mexiko jedoch dazu zwingen, seine Multilateralisierungsstrategie in der eigenen Hemisphäre glaubhaft unter Beweis zu stellen.

- Im Bereich der multilateralen Foren zur Gestaltung der Globalisierung könnte die Welthandelsorganisation WTO bald wieder eine aktive Rolle einnehmen. Die auf dem Ministertreffen in Doha/Katar im November 2001 beschlossene neue Welthandelsrunde zu Landwirtschaft, TRIPS, elektronischem Handel, Umwelt und Handel etc. dürfte Mexiko vor große Herausforderungen stellen, wenn es um die Sicherung von Marktzugang für Drittländer geht.

c) **Der Plan Puebla-Panama – ein Modell nationaler Friedenspolitik und regionaler Entwicklung?**

Trotz der strategischen Multilateralisierung sucht Mexiko auch seine südliche Grenze in größerem Maße in die Perspektive zu nehmen. So erklärte Präsident Fox am 9. Februar 2001, dass „Chiapas das Herz des Planes Puebla-Panama darstellt. Wir werden nicht warten, dass der Frieden kommt, um Entwicklung und Investitionen zu fördern, und wir werden auch nicht die Investitionen fördern, damit der Frieden

kommt“.<sup>9</sup> Als Plan Puebla-Panama ist der Vorschlag des mexikanischen Präsidenten Fox zur Bildung einer gemeinsamen Entwicklungsregion des mexikanischen Südens und der Länder Zentralamerikas entwickelt worden.<sup>10</sup> Im Plan Puebla-Panama werden neun mexikanische Bundesstaaten (Campeche, Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Quintana Roo, Tabasco, Veracruz und Yucatán) sowie die zentralamerikanischen Staaten Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama berücksichtigt. Die entsprechende Region umfasst gegenwärtig 64 Millionen Einwohner und 550.000 km<sup>2</sup>; bis zum Jahr 2025 dürfte die Bevölkerungszahl auf ca. 92 Millionen (34 Mio. im mexikanischen Süden und 58 Mio. in Zentralamerika) angewachsen sein, was in etwa der heutigen Einwohnerzahl Mexikos entspricht. Berücksichtigt man, dass im mexikanischen Teil des Raumes ca. 7 Millionen *Indígenas* leben, die 36 eigene Sprachen sprechen, so ist die indigene Bevölkerung mit ca. 20% der Gesamtbevölkerung ein zentraler Identifikator in dieser Region.

Die Zielrichtung des Planes ist aus mexikanischer Perspektive in unmittelbarem Kontext mit der Friedenssuche in Chiapas zu betrachten: Wie der mexikanische Außenminister Jorge Castañeda ausführte, handelt es sich um eine „logische Folgerung langfristiger Art der Regierung für den Frieden in Chiapas“ (La Jornada 01.03.01), die als un-

9 Voluntad de Paz – 100 días por la Reconciliación Nacional, Sistema Internet de la Presidencia, Documento 010309.

10 Vgl. hierzu ausführlich Günther Maihold : Der Plan Puebla-Panama – Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu, in: Brennpunkt Lateinamerika 22-2001, S. 239 ff.

Die Zielrichtung des Planes ist aus mexikanischer Perspektive in unmittelbarem Kontext mit der Friedenssuche in Chiapas zu betrachten: Wie der mexikanische Außenminister Jorge Castañeda ausführte, handelt es sich um eine „logische Folgerung langfristiger Art der Regierung für den Frieden in Chiapas“...



ternehmerische Initiative gedacht ist. Dabei bleibt der Plan natürlich nicht nur ein Instrument der politischen Absicherung eines Friedens in Chiapas, sondern soll auch als „Instrument der nationalen Neuausrichtung (dienen), damit Mexiko mit größerer Wettbewerbsfähigkeit am Prozess des globalen Handels teilnimmt“ (Salazar 2001). Es geht also auch um die Erschließung der Ressourcen des mexikanischen Südens und die Öffnung gegenüber dem zentralamerikanischen Markt mit seinen 38 Millionen Konsumenten durch Entwicklung der Infrastruktur von Straßen, Häfen und Eisenbahnverbindungen.

Das wesentliche Ziel des Plan Puebla-Panama ist die Verbesserung des Lebensstandards der Bewohner Zentralamerikas, das sich vom Südsüdosten Mexikos bis zu den Grenzen Panamas erstreckt. Diese globale Zielsetzung wurde in

acht grundlegende Unterteilungen aufgegliedert, deren Erfolg als Beitrag zum Gelingen des zentralen Vorhabens gilt.

Da der Plan als ein dynamisches Instrument und als Gegenstand von Konsultationen und der Konzertation mit den Akteuren der Zivilgesellschaft konzipiert wurde, sollen die angeführten Strategien zusätzlich durch die Beiträge anderer Akteure bereichert werden. Dabei legte Mexiko zunächst seine Prioritäten der Regionalentwicklung des Südens des Landes im Kapitel Mexiko des Plans vor:

1. Verbesserung der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung,
2. eine breite Beteiligung der zivilen Gesellschaft an der Entwicklung,
3. strukturelle Veränderungen der Wirtschaftsdynamik,

Das wesentliche Ziel des Plan Puebla-Panama ist die Verbesserung des Lebensstandards der Bewohner Zentralamerikas, das sich vom Südsüdosten Mexikos bis zu den Grenzen Panamas erstreckt.

Der Plan Puebla-Panama entfernt sich damit zunehmend von den für seine Begründung maßgeblichen innermexikanischen Motiven der Begleitung des Friedensprozesses in Chiapas und für den mexikanischen Süden insgesamt und gerät zunehmend zu einem multinationalen Entwicklungsprogramm auf dem zentralamerikanischen Isthmus.

4. optimale Nutzung der komparativen Fähigkeiten und Vorteile,
5. Unterstützung produktiver Investitionen zur Erweiterung höher besoldeter Angebote auf dem Arbeitsmarkt,
6. ein nachhaltiger Umgang mit den Naturressourcen und der Umwelt,
7. Konzertierung gemeinsamer Planung und Entwicklungsstrategien zwischen der Region des Süd-Südostens Mexikos und den Ländern Zentralamerikas,
8. Modernisierung und Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Region.

Auf der Grundlage des Planes soll die Expansion und integrale Entwicklung der Infrastruktur vorangetrieben werden, die Unterstützung und Entwicklung produktiver Aktivitäten, die Modernisierung und Bekräftigung der lokalen Institutionen sowie die Erweiterung der Technologie gefördert werden. Damit soll der Plan einen Beitrag zu anhaltendem ökonomischen Wachstum, der Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen der Region leisten.

Die zentralamerikanischen Präsidenten verliehen bei einem Gipfeltreffen mit ihrem mexikanischen Kollegen Fox am 15. Juni 2001 in San Salvador den infrastrukturellen Elementen der Zusammenarbeit einen sehr viel stärkeren Akzent, als Mexiko dies ursprünglich beabsichtigt hatte. Das Spezifikum der starken indigenen Präsenz in der Region erfuhr demgegenüber eine sehr viel geringere Ausformulierung. Insbesondere die praktische Dimension der Entwicklungsplanung wurde hervorgehoben: Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) erhielt den Auftrag, die notwendigen

finanziellen Voraussetzungen öffentlicher und privater Investoren sowie der Entwicklungsbanken zu klären. Der mexikanische Koordinator des Plan Puebla-Panama, Florencio Salazar, brachte die neue Akzentsetzung auf die Formel einer „Strategie der aktiven Solidarität“, die im Kontext der negativen Konsequenzen der Globalisierung versuche, „den Paradigmen der neuen Realität der Welt angemessen zu begegnen“.<sup>11</sup> Der Plan Puebla-Panama entfernt sich damit zunehmend von den für seine Begründung maßgeblichen innermexikanischen Motiven der Begleitung des Friedensprozesses in Chiapas und für den mexikanischen Süden insgesamt und gerät zunehmend zu einem multinationalen Entwicklungsprogramm auf dem zentralamerikanischen Isthmus. Allerdings sind die Chancen zu seiner Umsetzung nicht von der Situation in Chiapas zu trennen.

Die Chancen des Planes scheinen eher begrenzt zu sein. Dies liegt zum einen an der begrenzten politischen Unterstützung in Mexiko; zwar stellten sich die Gouverneure der neun betroffenen Bundesstaaten hinter den Plan, einer der Hauptakteure in Chiapas – der EZLN – machte jedoch durch seinen Sub-Kommandanten Marcos bereits deutlich, dass er nicht bereit ist, diesen Plan zu unterstützen. Marcos erblickt darin eine Vervielfältigung von Grenzen, eine Verschiebung der Grenze seitens der USA bis nach Mexiko-Stadt, der Süden des Landes werde zu Zentralamerika „mit der Logik der Bananenrepubliken, ihren Guerillas, Diktatoren und Kaziken“ (El Proceso Nr. 1271/11.03.

<sup>11</sup> Intervención de Florencio Salazar Adame en el Encuentro de Discusión y Análisis organizado por el PRD, 25.8.2001, Tuxtla Gutiérrez, Chiapas, S. 10.

01). Im Rahmen der ZAPATOUR des EZLN im Frühjahr 2001 empfahl Marcos dem Präsidenten, den Namen des Planes in „Plan Guatemala-Panama“ zu ändern, „weil sie von Puebla bis Chiapas nicht das bekommen werden, was sie wollen“ (Reforma, 28.02.01). Damit wird erkennbar, dass die ursprüngliche Absicht einer Flankierung des Friedensprozesses durch den Plan Puebla-Panama als Entwicklungsprojekt nicht auf die politische Unterstützung eines zentralen Akteurs des mexikanischen Südens in Gestalt des EZLN bauen kann und eine politische Blockade – wenn nicht bereits ein Scheitern – dieser Initiative zu befürchten ist.

Zum zweiten sind bis zum heutigen Zeitpunkt die finanziellen Ressourcen nicht verfügbar, auf die unmittelbar gehofft wurde. Die Suche nach internationalen Ressourcen aus privaten und öffentlichen Quellen dürfte sich für die damit beauftragte Kommission unter Leitung der Interamerikanischen Entwicklungsbank schwierig gestalten. Da aber die zentralamerikanischen Staaten „baldige Ergebnisse erwarten“, wie der salvadoranische Präsident Francisco Flores bei der Gipfelkonferenz in seinem Lande hervorhob (La Nación, Costa Rica, 16.06.01), steht auch die mexikanische Regierung unter dem Druck, Finanzmittel bereitzustellen bzw. einzuwerben. Dies dürfte jedoch aus eigenen Ressourcen kaum möglich sein, so dass der mexikanische Präsident zusammen mit seinen mittelamerikanischen Amtskollegen im Mai 2002 in Brüssel vorstellig werden will, obwohl die Europäische Kommission bereits erklärt hat, dass sie nicht beabsichtige, zusätzliche Gelder für den Plan bereit zu stellen (Reforma

bereit zu stellen (Reforma 12.07.01).

Schließlich entbehrt der Plan Puebla-Panama auch nicht sicherheitspolitischer Aspekte, die angesichts der Thematiken Drogen und Migration besonders den US-Interessen in der Subregion nahe kommen. Insbesondere die zentralamerikanische Region steht unter dem externen Druck einer stärkeren Bekämpfung der Drogenökonomie, die sich von Kolumbien aus immer mehr auf Zentralamerika zubewegt. Zentralamerika entwickelt sich in großen Schritten zur Drogendurchgangsregion sowie zum Ort für das „Waschen“ der Erlöse aus dem Drogengeschäft. Mit dem militärischen und politischen Druck auf Kolumbien und die Drogenökonomie dieses Landes ist die Grenze zwischen Kolumbien und Panama zu einer wichtigen sicherheitspolitischen Zone der USA geworden. Die Verlagerung des Sicherheitsraumes der USA von der mexikanischen Nordgrenze an den Golf von Urabá verweist auf die Einschätzung in den USA, dass Zentralamerika auch weiterhin den Merkmalen einer (Un-)Sicherheitsregion entspricht, in der zentrale Interessen der USA auf dem Spiel stehen. Gleiches gilt für die Kontrolle der Migrationsströme in die USA, die sich aus Zentralamerika über Mexiko vollziehen. Insoweit kommt der Sicherung der mexikanischen Südgrenze eine zentrale Bedeutung zu, um die illegale Migration durch eine geordnete Grenzkontrolle stärker leiten und beeinflussen zu können. Diese sicherheitspolitischen Dimensionen könnten gerade für die Durchsetzung des Planes zusätzliche Kosten im innenpolitischen Raum Mexikos bedeuten, zumal daraus eher eine stärkere Unter-

Schließlich entbehrt der Plan Puebla-Panama auch nicht sicherheitspolitischer Aspekte, die angesichts der Thematiken Drogen und Migration besonders den US-Interessen in der Subregion nahe kommen.

Der demokratische Aufbruch in Mexiko bedarf einer nachhaltigen Konstruktion. Seine Konsolidierung in die mexikanische Gesellschaft in ihrer Vielgestaltigkeit hinein darf nicht vorschnell in das Fahrwasser medienpolitischer Inszenierung geraten, denn sonst besteht die Gefahr, dass er auf Oberflächenphänomene beschränkt bleibt und versandet.

ordnung denn Ausbalancierung der Abhängigkeit von den USA spricht.

#### VII. „Den Stier bei den Hörnern packen“ – Präsident Fox und sein politisches Managementkonzept

Mit dem Schlagwort, dass Mexiko am Ende des ersten Regierungsjahres seiner Amtszeit „auf den aktuellen Stand gebracht sei und nun zur Avantgarde gemacht werde“, <sup>12</sup> hat Präsident Fox seinen ungebrochenen Optimismus und seine Tatkraft erneut unter Beweis gestellt. Ob dieser Optimismus mehr als politischer Voluntarismus ist, der sich jenseits der politischen Institutionen und Möglichkeiten in einer Vorspiegelung von Handlungsoptionen niederschlägt, die aufgrund gegebener fiskalischer und politischer Restriktionen nicht umsetzbar sind, werden die nächsten Jahre zeigen.

Der Demokratiebonus für die neue Regierung wird sich auch in Zukunft noch nutzen lassen, zumal die Oppositionspartei PRI angesichts interner Konflikte und Belastungen der Vergangenheit weiterhin nicht voll handlungsfähig sein wird. Aber die politischen Mehrheiten sind nicht notwendigerweise auf gangbare Alternativen fixiert. Eine enttäuschte, wahlpolitisch nicht mehr mobilisierbare Anhängerschaft könnte für die Regierung Fox zu einer ernsthaften Gefährdung werden, dies zumal mit Blick auf die Zwischenwahlen im Jahre 2003. Bis dahin muss es der Regierung und vor allem dem Präsidenten gelingen, größere Kohärenz in der Regierungspolitik zu schaffen und die Absicherung ihrer

Initiativen nicht nur im Parlament, sondern auch in der Gesellschaft sicherzustellen. Dies setzt aber voraus, dass die Regierung Prioritäten zu setzen vermag und der Präsident nicht mit seiner Neigung, jeden „Stier bei den Hörnern zu packen“, die Konstruktion einer politischen Agenda verwischt. Der demokratische Aufbruch in Mexiko bedarf einer nachhaltigen Konstruktion. Seine Konsolidierung in die mexikanische Gesellschaft in ihrer Vielgestaltigkeit hinein darf nicht vorschnell in das Fahrwasser medienpolitischer Inszenierung geraten, denn sonst besteht die Gefahr, dass er auf Oberflächenphänomene beschränkt bleibt und versandet.

---

<sup>12</sup> Der Titel der Regierungsbilanz lautet: „Un año del gobierno del cambio. Para poner a México al día y a la vanguardia“ (<http://acciones.presidencia.gob.mx/presentacion.php>).



# IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)
- Heft 8:** Nicolás Lynch Gamero: Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Februar 2001)
- Heft 9:** Hartmut Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (März 2001)
- Heft 10:** Günther Maihold: Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Dezember 2001)



© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,  
10785 Berlin

**ISBN 3-935656-04-1**